

› Auch die Landsmannschaften setzten sich für die Aussiedlung der Deutschen aus Rumänien ein

## Entschieden über Gehen oder Bleiben hat jeder selbst

Die Aussiedlung der Deutschen aus Rumänien via Freikauf in der Zeit des Kommunismus war in den letzten Jahren mehrfach Gegenstand von Tagungen, Studien, Medienberichten, Buchveröffentlichungen und Dokumentarfilmen. Die bisher veröffentlichten Beiträge führen allesamt zu dem Schluss, der Exodus der Deutschen aus Rumänien sei ausschließlich eine Angelegenheit zwischen Rumänien und der Bundesrepublik Deutschland gewesen, der deutscherseits geschickte Verhandlungsführer erfolgreich verhandelt hätten. Die Menschen, um die es ging, erscheinen in diesen Beiträgen nur als Objekte, denen keine handelnde Rolle zugesprochen wird. Es wurde dabei auch versäumt darzustellen, dass es von allem Anfang an einen kollektiven Drang zum Verlassen Rumäniens gab und die Betroffenen bereit waren, für das Ausreisepapier alles zu geben, was sie hatten. Auch das Wirken der rumänendeutschen Landsmannschaften bleibt in all diesen Beiträgen unerwähnt, als hätte es sie nicht gegeben.

Betrachtet man das Wirken der beiden Staaten in dieser Angelegenheit unter Berücksichtigung ihrer unterschiedlichen Interessen, so kann man zunächst für Deutschland feststellen, dass die jeweiligen Verantwortlichen in der Bundesregierung Milliarden DM für den Freikauf der Banater Schwaben und der Siebenbürger Sachsen bezahlt haben. Sie haben dies getan, weil sie sich vom Drang der unterdrückten Menschen nach Freiheit überzeugt hatten, es war eine große Geste der Humanität und Solidarität. Aber es gab dafür auch einen anderen Grund: Wir waren keine Flüchtlinge der Migranten im heutigen Sinn. In der Präambel des Grundgesetzes wird erklärt, dass man bei dessen Verabschiedung auch für jene Deutsche gehandelt habe, denen Mitwirkung versagt war. Die Bundesrepublik Deutschland sah sich als Staat aller Deutschen. In Artikel 116 des Grundgesetzes wird der Begriff „Deutscher“ bestimmt und in Paragraph 1 des Bundesvertriebenengesetzes wird dann festgestellt, dass die Deutschen in Rumänien dazu gehören. Pauschal wurde uns das Kriegsfolgenschicksal zuerkannt. Rechtlich waren wir Statusdeutsche, deren Interessen im Ausland, dort wo es möglich war, durch die jeweilige deutsche Botschaft wahrgenommen wurden. Mittlerweile hat sich diesbezüglich in der Politik viel verändert, zumal durch das Kriegsfolgenbereinigungsgesetz von 1993 das „Tor“ verriegelt wurde.

Rumänien hat die von Deutschland bezahlten Kopfgelder kassiert, hat hohe Schmiergelder erpresst, sich wirtschaftliche Vorteile über günstige Kredite erhandelt und ver-

sucht, da es sich nach rumänischer Darstellung um einen höchst humanitären Akt der Familienzusammenführung handelte, damit sein Ansehen aufzubessern.

Die Menschen, um die es hier ging, haben mit allen ihnen möglichen Mitteln um ihre Freiheit gekämpft, in einem Staat, der sie zu seinem Eigentum erklärt hatte und letztlich als Handelsgut verkaufte. Neben den Schmiergeldern wurden von den Ausreisewilligen noch Geschenke erpresst: Möbel, Autos, Häuser. Es wird auch von sexuellen Nötigungen berichtet. Der Verlust des Arbeitsplatzes wurde von den Ausreisewilligen in Kauf genommen. Viele, die niemand hatten, der ihnen die hohen Schmiergeldbeträge lich, versuchten der Diktatur als illegale Grenzgänger zu entkommen. Hunderte haben den Versuch, die streng bewachte Grenze zu überwinden, mit dem Leben bezahlt, andere wurden zu Krüppeln geprügelt oder eingekerkert. Manche traten in Hungerstreik, viele demonstrierten tagelang vor der rumänischen Botschaft in Köln, abertausende Bittbriefe gingen an deutsche Politiker und an die rumänischen Machthaber. Dr. Heinz Günther Hüsck berichtet von einem Verzweifelten, der nach seiner Abweisung im Passamt Selbstmord beging; aus Sathmar wird von der Selbstverbrennung einer Frau berichtet. Die Menschen wurden angetrieben von der Sehnsucht nach Recht und Freiheit, von dem Wunsch nach einer guten Zukunft für ihre Kinder. Die Aussiedlung der Deutschen aus Rumänien war kein humaner Akt der Familienzusammenführung, es war, wie der vormalige Außenminister Klaus Kinkel sagte, Handel mit Menschen – Menschenhandel eben.

Weder in den beiden Büchern noch in den Zeitungs-, Rundfunk- und Fernsehberichten werden die Landsmannschaften mit der Aussiedlung der Deutschen aus Rumänien in Verbindung gebracht. Schon bei der Gründung unserer Landsmannschaft 1950 kam klar zum Ausdruck, dass sie sich mit dem Schicksal aller Banater Schwaben verbunden fühlt und sich im freien Westen auch als Fürsprecher der in der Heimat verbliebenen Landsleute beauftragt sah. Ein erstes großes Anliegen, welches aufgegriffen wurde, war die Zusammenführung der in Kriegsfolge getrennten Familien. In der *Banater Post* vom 20. Februar 2014 deutet Peter-Dietmar Leber die noch aufzuarbeitenden ersten Aktionen der Landsmannschaft an: Memoranden an das Deutsche und Internationale Rote Kreuz, Gründung einer Interessengemeinschaft getrennter Familien, Bitten um Beistand an Landesregierungen, später an die KSZE. Neben dem Banater Peter Ludwig und dem Siebenbürger Heinrich Zillich

taucht schon früh der aus Triebswetter stammende Rechtsanwalt Hans Androwitsch auf, der sich in Stockholm mit Vertretern der rumänischen Regierung getroffen und dabei erfahren hatte, dass Rumänien seine Volksdeutschen nur gegen Zahlung von Devisen ausreisen lassen würde.

In der Folgezeit arbeiteten die Landsmannschaften der Banater Schwaben und der Siebenbürger Sachsen in der Frage der Familienzusammenführung eng zusammen, zeitweilig wurde sogar ein gemeinsamer Briefkopf verwendet. Die Verbandsprecher beider Landsmannschaften suchten und fanden Kontakt zur jeweiligen Bundesregierung und den jeweiligen Bundespräsidenten. So stellte Bundespräsident Gustav W. Heinemann (1969-1974) fest, die Landsleute in Rumänien wären „nach unserer Verfassung Deutsche“, denen man helfen müsse. Mit der Aussiedlung der Deutschen aus Rumänien waren in der Folge alle Bundespräsidenten befasst. Bundespräsident Karl Carstens (1979-1984) hat bei seinem Besuch in Rumänien Freizügigkeit für die dortigen Deutschen gefordert. Auch die Bundeskanzler jener Zeit waren alle mit der Frage befasst, Helmut Schmidt hat in Bukarest direkt über die Aussiedlung verhandelt.

In der Zeit von 1970 bis 1989 ist kein bedeutender deutscher Politiker nach Bukarest geloggen, ohne dass er vorab von den Landsmannschaften über die Situation der Deutschen in Rumänien umfassend informiert worden wäre. Meistens wurden solche Informationen von den Landsmannschaften angefordert. Gute Gelegenheiten zum Informationsaustausch boten sich an den Heimattagen, wo wir mit den Innenministern Hans-Dietrich Genscher, Dr. Werner Maihofer, Gerhart Rudolf Baum und Friedrich Zimmermann direkt sprechen konnten. In Kenntnis der Situation der Deutschen in Rumänien mahnte Innenminister Zimmermann beim Landestreffen in Landshut 1983 die bessere Behandlung der Deutschen in Rumänien an. Wörtlich sagte er: „Wir werden Rumänien nur so behandeln, wie Rumänien unsere deutschen Landsleute behandelt.“

Ein besonders gutes Verhältnis hatte unser früherer Bundesvorsitzender Jakob Laub zu Bundesaußenminister Genscher entwickelt, der zweimal unseren Heimattag besucht hat und mehrmals Gast beim Göpinger Schwabenball war. In Göppingen sagte uns Genscher: „Wir verhandeln mit diesen unsympathischen Menschen doch nur wegen euch.“ Jakob Laub hatte im Rahmen eines Empfangs für das BdV-Präsidium im Jahr 1986 Gelegenheit, Bundeskanzler Kohl zu sehen. Neben dem Banater Peter Ludwig und dem Siebenbürger Heinrich Zillich

scheulichen Diktator“, mit dem man nur wegen der dortigen Deutschen verhandle. Ähnlich drückte sich Klaus Kinkel, damals Leiter des Ministerbüros im Auswärtigen Amt, bei einem Gespräch aus, das ich in Karlsruhe mit ihm führen konnte. Er sprach von Verhandlungen, die man mit Ekel und Bauchweh führe.

Als Rumänien im Oktober 1982 das Dekretgesetz 402 verabschiedete, wonach die aus Rumänien Ausreisenden ihre Ausbildungskosten in Devisen rückerstatten sollten, organisierten die Landsmannschaften am 4. Dezember 1982 eine Großkundgebung vor dem Kölner Dom, bei der Freizügigkeit für die Banater Schwaben und Siebenbürger Sachsen gefordert wurde. Nur eine Woche später, am 11. Dezember 1982, fand unter Mitwirkung der Landsmannschaften eine Protestdemonstration der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte ebenfalls in Köln statt. Am 22. April 1983 organisierten die Landsmannschaften in München vor der Feldherrnhalle eine große Kundgebung mit tausenden Teilnehmern, die sich dezidiert für die Freiheit der Landsleute in Rumänien aussprachen.

Auch internationaler Druck entstand. In den USA stand 1983 die Ertheidung des Kongresses über die Verlängerung der Meistbegünstigungsklausel für Rumänien bevor. Von donauschwäbischen Landsleuten gebeten, prangerte Senator Jackson im Kongress den Menschenhandel Rumäniens an, was zur Folge hatte, dass Landsleute, die selbst in den USA geboren oder Nachfahren von US-Bürgern waren, dorthin ausreisen durften, auch mit der Option, sich in Deutschland niederzulassen.

Neben unserer Verbandszeitung berichteten auch andere deutsche Medien über den Menschenhandel, auch der Sender Freies Europa bot uns die Chance, Ceausescus Regime anzuprangern. Im Mai 1983 wurde dann bekannt, dass das Gesetz 204 keine Anwendung auf die Deutschen in Rumänien finde.

Ein kleiner Kreis Siebenbürger Sachsen machte den Landsmannschaften den Vorwurf, sie hätten durch ihre Aktionen die Auflösung ihrer Volksgruppen verursacht, auch Schuldzuweisungen gab es. Dieser Vorwurf, der bisweilen immer noch auftaucht, muss entschieden zurückgewiesen werden. Bei der Bundesversammlung 1974 in Ulm hatte ich den Einsatz unserer Landsmannschaft für eine geschlossene Aussiedlung angesprochen. Dies wurde von der großen Mehrheit der Delegierten kategorisch zurückgewiesen. Vielmehr wurde die klare Position vereinbart, dass die Landsmannschaft sich für die Selbstbestimmung jedes Einzelnen einsetze, dass sie das Recht auf Freiheit und Freizügigkeit

der Landsleute im Banat wie auch ihr Recht, als politisch gleichberechtigte und kulturell mit Gruppenrechten ausgestattete Bürger in der Heimat zu bleiben, unterstütze. Unsere Landsmannschaft ist von diesem Grundsatz nie abgewichen – auch nicht, als 1988 im Umfeld von Bundeskanzler Kohl von einer geschlossenen Aussiedlung gesprochen wurde. Neben ihrem Einsatz für die Aussiedlung und Eingliederung der Landsleute in Deutschland hat sich die Landsmannschaft über all die Jahre auch für die in der Heimat Verbliebenen stark gemacht, indem sie den Erhalt deutscher Schulen und Kultureinrichtungen unterstützt hat und den Verbliebenen materielle Hilfe zukommen ließ.

Wenn der Ehrenvorsitzende des Demokratischen Forums der Deutschen in Rumänien, Prof. Dr. B. Philippi, anregt, über „unser Verhältnis zu den Organisationen unserer (ehemaligen?) Landsleute im Westen“ nachzudenken (siehe ADZ vom 9. Mai 2013), kann unsererseits behauptet werden, dass dies bei den Banater Schwaben immer klar war. Wir alle sind Landsleute, wir gehören einer Volksgruppe an. Und so wird es auch bleiben – unabhängig davon, wo wir leben. Professor Philippi irrt auch, wenn er behauptet, die Verbände der Landsleute in Deutschland hätten „mit großer Skepsis“ den Aufbau von Strukturen zur politischen Vertretung der in der Heimat Verbliebenen verfolgt. Dies trifft auf die Banater Schwaben nicht zu. Wir waren schon da, als Ende Dezember 1989 in Temeswar im wahrsten Sinne des Wortes noch geschossen wurde, und haben – über unser Hilfswerk – beim Aufbau der neuen Forumstrukturen mitgewirkt.

Verantwortlich für den Exodus ist nicht die Landsmannschaft. Der Antriebe zur Aussiedlung entstand nach Kriegsende durch die Art, wie man uns behandelt hat, und durch den andauernden Druck des levantinisch-nationalistischen Kommunismus. Wir haben nicht leichtfertig und leichtsinnig unsere Heimat verlassen. Gehen statt Bleiben war nicht die Entscheidung zwischen Heimat und Freiheit. Die Heimat hatte sich so verändert, dass Gehen für die meisten die einzige Alternative war. Dass die große Mehrheit auf gepackten Koffern saß, bewies der massenhafte Exodus nach dem Fall der Diktatur in den Jahren 1990-1992.

Die damalige politische Führung Rumäniens hat Menschen wie Ware verkauft und einmal mehr das wahre Gesicht des Kommunismus offenbart. Die Landsmannschaften haben nach Kräften auf die verantwortlichen Politiker, auf die Medien und die deutsche Öffentlichkeit eingewirkt. Doch entschieden über Gehen oder Bleiben hat jeder für sich selbst. Peter Krier

› Unsere Identität kann sich auch in der heutigen pluralistischen Gesellschaft wohltuend behaupten

## Heimat und kulturelle Identität

Unsere Identität als Banater Schwaben ist eng verbunden mit unserem Verständnis von Heimat. Heimat kann man nicht vererben, sie ist in unserem Kopf und in unserer Seele (Horst Bienek). Unsere Heimat war das Banat, unsere Muttersprache Deutsch (Richard Wagner). Aber ist in dieser Heimat nicht irgendwann eine Sehnsucht nach dem Mutterland, nach einer neuen Heimat aufgekommen, und wenn ja, welches sind die Gründe hierfür?

„Nur der verdient sich Freiheit wie das Leben, der täglich sie erobern muss“, hat Johann Wolfgang Goethe tiefgründig angemahnt. Und genau dies wurde uns verwehrt, und

daran waren wir als Individuen schuldlos. Das Vermächtnis unserer Vorfahren, von der in Besitz genommenen Heimat nicht zu weichen (Adam Müller-Guttenbrunn), konnten wir aus guten Gründen nicht mehr erfüllen.

Aber gibt es da nicht noch eine ganz alte Heimat, den süddeutschen Sprachraum, aus dem ab 1718, initiiert durch Karl VI. und Maria Theresia, Menschen in das Banat gewandert sind? Ja, diese ganz alte und wieder neue Heimat gibt es, und wir haben sie für uns wiederentdeckt.

Und unsere Identität, über viele Generationen im Banat erworben, sie bleibt bestehen. Sie wurde uns in

die Wiege gelegt, und wir wollen sie auch nicht leugnen oder aufgeben. Wir wollen sie bewahren, und dies geht einher mit der Identitätsfindung in der neuen Heimat. Eines schließt das Andere nicht aus, und beides kann sich harmonisch ergänzen (Josef Jakob).

Aber wie können wir die banatschwäbische Identität definieren? Zunächst ist da unsere eigene Identität. Bei dem, worum es uns hier geht, wird diese geprägt durch die Eigentümlichkeiten unseres Wesens und diese wiederum durch die Gemeinschaft der Banater Schwaben, der wir seit knapp 300 Jahren angehören, sowie durch das kulturelle Umfeld,

in dem wir lebten. Fühlen wir uns angesprochen, wenn uns nachgesagt wird, dass wir ehrlich, fleißig und sparsam seien? Ist sicher nicht ehrenrührig, aber schon etwas plattitüdenhaft. Etwas aussagekräftiger sind wohl die uns zugesprochenen Eigenschaften wie scharf ausgeprägtes Selbstbewusstsein, nicht demütig und selten unterwürdig, nicht sehr tief religiös (Hans Hagel). Persönlich erlaube ich mir noch hinzuzufügen, dass uns eine hohe Sensibilität für Gerechtigkeit eigen ist.

Ein Symbol für die unserer Gemeinschaft innewohnenden Identität kann das Einwanderungsbild von Stefan Jäger sein. Es hat nichts zu

tun mit dem sonst weltweit üblichen Getöse von heldenhafter Landnahme oder dergleichen, sondern es zeigt, wie unsere Vorfahren in aller Bescheidenheit Heimat finden. Das historische Gemälde Jägers ist frei von großen Gesten und von Überheblichkeit, und es ist das Werk, mit dem wir uns identifizieren, es ist ein Stück von uns (Franz Heinz).

Unsere Identität hat sich zwar im Laufe der Zeit gewandelt, sie ist aber letztlich doch zu einem unverkennbaren Wesensmerkmal geworden, das sich auch in unserer heutigen pluralistischen Gesellschaftsordnung wohltuend behaupten kann.

Rudolf Blaha